

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4 / 2017

KOREANISCHE HALBINSEL: BRENNPUNKT OHNE LÖSUNG?

KOMMENTAR

Die koreanische Halbinsel ist einer der heißen Brennpunkte in der aktuellen Weltpolitik. Der nordkoreanische Machthaber Kim-Jong-un hat mit wiederholten Atomwaffentests und Raketenstarts klargestellt, dass sein Land als ein „gleichberechtigter Nuklearwaffenstaat“ anzusehen sei. Die US-Außenpolitik reagiert unter der Präsidentschaft von Donald Trump und mit Außenminister Tillerson sprunghaft und wenig deeskalierend. Der „kleine Raketenmann“, so Trump, werde bei einem Angriff auf den US-Stützpunkt Guam, auf Südkorea oder gar auf US-Staatsgebiet mit der totalen Vernichtung rechnen müssen.

In Südkorea und in Japan macht sich unter der Bevölkerung die Sorge breit, dass im Falle eines Konflikts sie die hauptsächlichen Opfer sein werden. Besonders auch deshalb, weil im Land stationierte US-Truppen und ständig provozierende Manöver der USA die Krise nicht entspannen können.

Kenner der Region, wie der Politikwissenschaftler Rüdiger Frank, schlagen indessen vertrauensbildende Maßnahmen und Verhandlungen vor. So wäre ein sinnvolles Angebot notwendig, dass Nordkorea zunächst sein Atomwaffenprogramm einfriert und auf Raketenstarts verzichtet. Als Gegenleistung könnten die USA und die Staaten der Region die Manöver einstellen, Truppenstationierungen abbauen und Handelsbeziehungen zur Versorgung der Bevölkerung beginnen. Auch China muss in diese diplomatische Initiative einbezogen werden. Mit rüpelhafter Kraftrhetorik ist noch niemals Entspannung und Friede erreicht worden.

Manfred Sauer ist Chefredakteur von betrifft friedен.

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Redaktion von **betrifft friedен** hat in den letzten drei Ausgaben des Jahres 2017 versucht, eine Mischung aus österreichspezifischen, internationalen und historischen Themen in möglichst guter Qualität aufzubereiten. Wenn dieses Bemühen Ihr Interesse gefunden hat, freuen wir uns sehr.

Natürlich möchten wir die Zeitung des Österreichischen Friedensrates weiterentwickeln. Dazu helfen Sie uns mit Ihrer Meinung oder Kritik, Ihren Anregungen und Vorschlägen und letztlich auch Ihrem finanziellen Beitrag, ohne den die Herausgabe dieser Zeitung nicht möglich wäre.

Wir hoffen auf zahlreiches Echo und wünschen Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest und ein mutiges Engagement für Frieden und Gerechtigkeit im Jahr 2018.

für die Redaktion
Manfred Sauer

pax.vienna@chello.at / Postadresse:
ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien /
BKAUATWW BIC:AT15 1100 0002 6371
8900 KENNWORT ZEITUNG
Bitte teilen Sie uns Adressänderungen
rechtzeitig mit.

VATIKAN: KONFERENZ FÜR ATOMARE ABRÜSTUNG

Papst befürwortet völlige Vernichtung von Atomwaffen

Nein zu Atomwaffen:

Papst Franziskus warnt vor einem versehentlichen Zünden von Atomwaffen, vor den verheerenden Folgen, die das hätte, vor dem Drohen mit solchen Waffen, ja vor ihrem bloßen Besitz. Und er findet, man dürfe das friedliche Zusammenleben der Völker nicht auf eine „Logik der Abschreckung“ gründen, wie sie den ganzen Kalten Krieg hindurch gang und gäbe war.

Franziskus empfing am 10. Nov. 2017 die Teilnehmer einer hochkarätigen Konferenz zum Thema Atomwaffen. Dabei spielte er gleich im ersten Satz auf „komplexe politische Herausforderungen im aktuellen internationalen Szenario“ und auf „ein instabiles Klima der Konfliktbereitschaft“ an: Auch wenn er USA und Nordkorea nicht ausdrücklich erwähnte, war das doch deutlich genug.

„Ein dumpfer Pessimismus könnte uns dazu verleiten, die Aussichten für eine Welt ohne Atomwaffen und für eine völlige Abrüstung für immer weiter entfernt zu halten. Es ist auch wirklich Tatsache, dass die Spirale des Aufrüstens keine Pause kennt und dass die Kosten für eine Modernisierung und Entwicklung der Waffen – nicht nur der Atomwaffen – einen hohen Ausgabeposten für die Nationen bedeuten. Das geht so weit, dass sie die wirklichen Prioritäten der leidenden Menschheit hintanstellen müssen: Ich meine den Kampf gegen Armut, die Förderung von Frieden, Bildungs-, Umwelt- und Gesundheitsvorhaben und die Weiterentwicklung der Menschenrechte.“

Risiko einer irrtümlichen Zündung solcher Waffen

Das war ein sehr ernster Einstieg. Man könne auch „nur sehr beunruhigt sein“ über die „katastrophalen Folgen für Mensch und Umwelt“, die sich aus einem Einsatz von Atomwaffen ergäben, fuhr der Papst fort.

„Denken wir auch an das Risiko einer irrtümlichen Zündung solcher Waffen wegen irgendeines Fehlers... Darum muss man mit Entschiedenheit das Drohen mit ihrem Einsatz, ja auch ihren bloßen Be-

sitz verurteilen, weil ihre Existenz einer Logik der Angst Vorschub leistet, die nicht nur die Konfliktparteien betrifft, sondern das ganze Menschengeschlecht. Die internationalen Beziehungen dürfen nicht von militärischer Stärke, von gegenseitigen Einschüchterungen, vom Vorführen des jeweiligen Kriegsarsenals dominiert werden! Massenvernichtungswaffen, und unter ihnen besonders die Atomwaffen, sorgen nur für ein trügerisches Sicherheitsgefühl, sie können nicht die Basis für ein friedliches Zusammenleben der Mitglieder der Menschheitsfamilie sein.“

So weit, so düster. Doch Franziskus wollte bei allem „gesunden Realismus“ doch nicht nur ein Unglücksprophet sein. Es gebe durchaus „Lichter der Hoffnung“, etwa ein kürzliches und aus seiner Sicht „historisches“ Votum der UNO-Vollversammlung, das Atomwaffen „nicht nur unmoralisch“, sondern auch ein „illegitimes Mittel der Kriegführung“ seien. Dieser Beschluss „der Mehrzahl der Mitglieder der internationalen Gemeinschaft“ habe „ein wichtiges juridisches Loch gestopft“, schließlich seien Chemiewaffen oder Antipersonenminen ja schon länger ausdrücklich von internationalen Konventionen geächtet worden.

„Noch bemerkenswerter ist die Tatsache, dass sich diese Ergebnisse vor allem einer humanitären Initiative verdanken, zu der ein Bündnis von Gesellschaften, Staaten, internationalen Organisationen, Kirchen, Akademien und Expertengruppen beigetragen hat.“

An der zweitägigen Konferenz im Vatikan nahmen mehrere Friedensnobelpreisträger, Vertreter der Vereinten Nationen, hochrangige Diplomaten und Wissenschaftler teil. Friedensnobelpreisträger Mohammed El Baradei geht angesichts der „Feuer und Wut“-Drohungen des US-Präsidenten Donald Trump gegenüber Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un erst einmal beten. Das zumindest sagte der Ägypter zwischen Scherz und Ernst zu Journalisten am Rand der Abrüstungs-Konferenz im Vatikan. „Wir müssen damit weitermachen, Druck auf die Atomwaffenstaaten aufzubauen“, so der frühere Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO).

„Man kann kein Sicherheitssystem haben, das sagt, einige seien gleicher als andere, oder dass wir uns zwar nicht auf Atomwaffen verlassen können, man sie aber nicht abschaffen kann. Das ist einfach nur arrogant!“

Wir wollen nicht unter einem Damoklesschwert leben

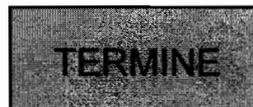
Unisono sprachen sich die kirchlichen Teilnehmer auf der vom Vatikan ausgerichteten Konferenz für eine entschiedene Unterstützung eines UNO-Atomwaffenverbotsvertrags aus, der allerdings noch gar nicht in Kraft getreten ist. Der Weltfrieden, so der einmütige Appell, dürfe nicht auf einem Gleichgewicht der Abschreckung beruhen.

„Die Atomwaffen können nicht die Lösung des Sicherheitsproblems darstellen,“ betonte Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin auf der Konferenz. Viel wichtiger als eine Finanzierung der Waffen, die nur ein falsches Gefühl der Sicherheit vermittelten, wäre die Investition in Entwicklung, wiederholte er Worte des Papstes. Er unterstrich, dass es nicht „unrealistisch“ oder sogar „utopisch“ erscheinen dürfe, an eine „atomwaffenfreie Welt“ zu denken.

Mit ernsten Worten meldete sich auch der Gastgeber der Konferenz, Kurienkardinal Peter Turkson zu Wort. Die Welt stehe leider am Rande einer Nuklearkatastrophe, so die Analyse des Präfekten des Dikasteriums für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen, das die Konferenz ausrichtet. Sicherheit hänge nicht von der Anzahl der Waffen ab, die wir zur Verfügung hätten, betonte er. Auch er unterstrich mit einem Zitat des früheren US-Präsidenten Eisenhower, wie viele Ressourcen die Bereitstellung von Atomwaffen für Entwicklungsprojekte abziehe. Denn jedes Mal, wenn man Waffen benutze, stehle man von denen, die um das Überleben kämpfen müssen.

Eine mehrfach geäußerte Warnung in der Synodenaula des Vatikan bezog sich auf die derzeit vorherrschende internationale Rhetorik. „Die Lage ist ernst, wenn Staatsführer über Nukleararsenale sprechen wie Kinder über ihre Spielzeugwaffen“, warnte Muhammad Yunus, Wirtschaftswissenschaftler und Friedensnobelpreisträger von 2006. Isumi Nakamitsu, UN-Vertreterin für Abrüstungsfragen, betonte, dass das Verbotsabkommen Atomwaffen auf die gleiche Stufe wie biologische und chemische Waffen stelle. Nur müssten eben alle zustimmen, so Nakamitsu.

Quelle: Radio Vatikan, 10. und 11. 11
Gekürzte Zusammenfassung von Adalbert Krims
(der gesamte Beitrag in „Kritisches Christentum“ Nr. 412/413, Nov./Dez.2017). Wir danken der Redaktion für die Überlassung des Beitrags.



Friedensgottesdienste

So. 7.1.2018 18 Uhr Stephansdom, 1010 Wien. Zum Weltfriedenstag mit Kaplan Franz Sieder, Dompfarrer Anton Faber, Wr. Friedensbewegung, Pax Christi Wien

So. 21.1.2018 9.30 Uhr Canisiuskirche, 1090 Wien, Pulverturmstraße 11 (U6 Nussdorfer Str.). Kaplan Franz Sieder, Wr. Friedensbewegung, Pax Christi Wien

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystr. 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 12.12.2017 19 Uhr „Welt im Umbruch – Perspektiven“ Über die Sommerakademie 2017 Friedensburg Schlaining (Bgl.), Alois Reisenbichler, Wiener Friedensbewegung

Di. 9.1.2018 19 Uhr „März 1938 – nicht alle haben gejubelt“, Dr. Friedl Gascha (DÖW).

Di. 13.2.2018 19 Uhr „Flüchtlinge, Migranten, Asylwerber. Neue Regierung – alte Politik“, Michael Genner (Asyl in Not)

Di. 13.3.2018 19 Uhr „Rechtsradikale in Europa“ Walter Baier (Transform)

Di. 10.4.2018 19 Uhr „Namibia – Vom kolonialen Erbe zur Unabhängigkeit“, Manfred Sauer (SADOCC)

Di. 8.5.2018 19 Uhr „Flüsterwitze – Galgenhumor gegen Hitler, Lieder gegen das Vergessen“ Ernst Toman (Friedensinitiative 22)

SADOCC

SADOCC-Bibliothek, Favoritenstraße 28/Stg.18/1, 1040 Wien (U1 Taubstummengasse, 13A Belvederegasse)

Do. 14.12.2017 19 Uhr „Europa ist zu eng geworden“. Kolonialpropaganda Österreich-Ungarn 1885-1918. Simon Loidl (Buchpräsentation)

DIE JAPANISCHE FRIEDENSVERFASSUNG AUF DEM PRÜFSTAND

KOMMENTAR VON ANDREAS ZUMACH

In Japan fordern konservative Politiker bereits seit über 20 Jahren eine Revision der pazifistischen Verfassung, die 1946 unter dem Eindruck der Niederlage im Zweiten Weltkrieg beschlossen wurde. Nach den vorgezogenen Wahlen zum Unterhaus des Parlaments in Tokio Ende Oktober sowie angesichts des eskalierten Nordkoreakonflikts ist die Gefahr größer denn je, dass die Verfassungsrevision demnächst umgesetzt wird, obwohl eine deutliche Mehrheit der japanischen Bevölkerung nach wie vor dagegen ist.

Bei den Oberhauswahlen erzielte die Liberaldemokratische Partei (LDP) von Premierminister Shinzo Abe wie bereits beim letzten Urnengang vor vier Jahren erneut eine deutliche absolute Mehrheit. Zusammen mit dem Koalitionspartner, der Komeito-Partei verfügt die Regierung sogar über die für eine Verfassungsänderung erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit. Und auch im Unterhaus gehören über zwei Drittel der Abgeordneten Parteien an, die für das Ende der pazifistischen Selbstbeschränkung Japans durch eine Änderung von Artikel 9 der Verfassung eintreten.

Darin „verzichtet das japanische Volk in aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel der Beilegung internationaler Streitigkeiten“. Der Unterhalt von Land-, See- und Luftstreitkräften sowie sonstigen Kriegsmitteln wurde verboten und ein „Recht des Staates zur Kriegsführung“ ausdrücklich „nicht anerkannt“. Mit dieser pazifistischen Verfassung, die die UNO-Charta von 1945 tatsächlich ernst nimmt, stand Japan bislang einzigartig da unter den 193 Mitgliedsstaaten der Weltorganisation.

Die Formulierungen gehen noch weit über die Bestimmungen hinaus, die im ursprünglich verabschiedeten und seitdem mehrfach revidierten Grundgesetz des anderen Weltkriegsverlierers Deutschland enthalten waren

Die USA drängen die Regierungen in Tokio schon seit vielen Jahren, diesen pazifistischen „Sonderstatus“ endlich aufzugeben, damit Japan ein effizienter militärischer Juniorpartner Washingtons werden kann im eskalierenden Konflikt der USA mit China. Und auch Abe forderte bereits in seinem im Juli 2006 veröffentlichten Buch Utsukushii kuni e (Der Weg zu einem schönen Land), eine Abschaffung des Artikels 9. Doch in sämtlichen Umfragen der letzten 20 Jahren sprach sich eine große Mehrheit von zuletzt immer noch über 60 Prozent der Bevölkerung gegen das Ende der pazifistischen Selbstbeschränkung aus. Um den anhaltenden Widerstand der Bevölkerung zu überwinden, instrumentalisiert und eskaliert Abe den Konflikt mit Nordkorea. Der Sicherheit seines Landes und der gesamten Konfliktregion Ostasien würde er jedoch viel mehr dienen durch die Forderung nach direkten Gesprächen zwischen Washington und Pjöngjang sowie nach gemeinsamen Sicherheitsgarantien Chinas und der USA für die gesamte koreanische Halbinsel. Erst dann würde eine Entnuklearisierung und auch die konventionelle Entmilitarisierung der Halbinsel vorstellbar, was eine Überwindung der Diktatur in Pjöngjang und schließlich die Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas ermöglichen würde.

Andreas Zumach ist Journalist und Buchautor mit Schwerpunkt Internationale Politik, Völkerrecht, Rüstungskontrolle, Internationale Organisationen.

In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel des vorhergehenden Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt.

Artikel 9 der Japanischen Verfassung

Thomas Roithner

EU-MILITARISIERUNG

Die EU der militärisch Fähigen und politisch Willigen

Der Euro oder das Schengener Abkommen sind Beispiele für eine engere Zusammenarbeit zwischen EU-Staaten. Nicht alle sitzen am Tisch. Auch in der Sicherheitspolitik ist Kerneuropa nichts Neues. Einige EU-Staaten betreiben Forschung und Entwicklung zu Drohnen, Marine oder zur militärischen Nutzung des Weltraumes. Genauso geschieht dies bei den Auslandseinsätzen. Die politisch Willigen und militärisch Fähigen marschieren im Namen der EU-28 los. EU-Truppen im Tschad, im Kongo, in Mali oder am Horn von Afrika – jedoch nichts geht ohne Deutschland und Frankreich. Die einen sprechen von der „Weiterentwicklung“ der EU, die anderen von einer „Militarisierung“.

Der Vertrag von Lissabon aus dem Jahr 2007 sieht Kerneuropa auch vor. Politische oder militärische Bedenken können auf dieser Basis vertragskonform abgekoppelt werden. Die Willigen und Rüstigen machen mit, die anderen bleiben draußen. Das macht die EU nicht demokratischer, vielmehr ist es eine autoritäre Vertiefung der Union. Wer am Abstellgleis steht, hat in Folge auch nicht mehr überall mitzureden. Dänemark spielt sicherheitspolitisch in der EU traditionell nicht mit. Zurückhaltend – so auch hier – stets die neutralen Irland und Malta. Des Pudels Kern: es gibt in wesentlichen Fragen der EU-Außenpolitik keine gemeinsame Haltung. Was tun mit Atomwaffen? Palästina anerkennen? Umgang mit Chinas Seidenstraße? Was tun in Syrien? Wie weiter mit den Russland-Sanktionen? Warum also braucht es zur Umsetzung uneiniger EU-Interessen noch mehr Truppen und noch mehr Rüstung?

Aufstockung der Haushalte

Unbestritten ist das nun Gestalt annehmende militärische Kerneuropa zwischen Hans Peter Doskozil und Sebastian Kurz. Die FPÖ verlangt eine Aufrüstung des Heeres und sieht in Kerneuropa einen Verbündeten. Schließlich ist offiziell in der EU in diesem Zusammenhang von einer „regelmäßigen realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte“ die Rede.

Eine erste Liste für Rüstungsprojekte lag ruck zuck auf dem Tisch. Und damit niemand bummelt, gibt es nationale Umsetzungspläne und eine EU-Überprüfung. Der von der EU-Kommission im Juni 2017 präzisierter „European Defence Fund“ füttert weitere Mittel zu: 2,5 Milliarden jährlich bis 2020 und 5,5 Milliarden ab 2020 pro Jahr. Stichwort ist nicht Rüstung und Militärintervention, sondern man hat rechtzeitig auf „Verteidigung“ umetikettiert. Flankiert wird dies von der EU-Verteidigungsagentur, die sich vormals ehrlicherweise Rüstungsagentur nannte.

Zu den vier Freiheiten der EU – Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital – kommt nun auch eine fünfte, nämlich das „militärische Schengen“. Der Verlegung von Truppen und Material sollen keine Schranken im Weg stehen. Schwarz-blau hat 2001 unter Wolfgang Schüssel Neutralitätsvorbehalte aus dem Truppenaufenthaltsgesetz und dem Kriegsmaterialgesetz gestrichen. Was wird Türkis-blau 2018 tun?

Was fehlt?

Die neuen Instrumente bearbeiten keine Konfliktsache und konzentrieren sich auf das Militärische. Abrüstung, zivile Krisenprävention, Vermittlung und Versöhnung sucht man in den jüngsten Papieren vergeblich. Natürlich soll die Frage gestattet sein, ob's so heiß gegessen wird wie gekocht. Muss nicht, aber Einiges deutet drauf hin. 2017 brachte den EU-Rüstungsfonds, ständiges Kerneuropa, neue Möglichkeiten für die EU-„battle groups“ oder das militärische Hauptquartier. Werden die EU-Staaten die neuen Instrumente implementieren oder nicht? Das Militärische kann heute – in Vertragswerk gegossen – als DNA der EU verstanden werden. Und die DNA kann bekanntlich schwer oder nur mit unkalkulierbarem Ausgang verändert werden.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und aktuell Robert-Jungk-Stipendiat. Sein jüngstes Buch „Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union“ erschien im Frühjahr 2017.

VHS Urania

Am 5. Oktober 2017 fand an der VHS Urania in Wien ein Vortragsabend mit Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner (Intern. Institut für den Frieden) statt. Der profunde Kenner der US-Außenpolitik sprach zum Thema „Fast 260 Tage Präsidentschaft Donald Trump – eine Bilanz“. Vor 20 Besuchern verglich Gärtner die sprunghafte Amtsführung Trumps mit den unterschiedlichen Amtsauffassungen früherer US-Präsidenten und den politischen Konsequenzen daraus. Der zweite Teil des Vortrags war der wenig berauschenden Bilanz zwischen Wahlkampfversprechen und Umsetzung gewidmet, insbesondere am Beispiel der schwer einzuschätzenden US-Außenpolitik. Die Wahrscheinlichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens schätzte der Vortragende auf Grund der Faktenlage als gering ein. Eine lebhafte Diskussion beendete den spannenden Abend, zu dem der Österreichische Friedensrat und IPPNW (Intern. Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs) geladen hatten.

(MS)

*„Keinem vernünftigen Menschen
wird es einfallen,
Tintenflecken mit Tinte,
Ölflecken mit Öl
wegwaschen zu wollen.*

*Nur Blut,
das soll immer wieder
mit Blut
ausgewaschen werden.“*

(Bertha von Suttner)

*aus der Einladung
zur Podiumsdiskussion
am 2. November 2017 in Linz*

**Diskussionsveranstaltung
„Wieviel Waffen braucht der Friede?“ in Linz**

Elf Partner einer Veranstaltungsgemeinschaft (Friedensakademie Linz, Katholische Aktion OÖ, Pax Christi OÖ, Solidarwerkstatt OÖ u.a.) luden am 2. November 2017 im Linzer Wissensturm zu einer Podiumsdiskussion ein, die von Mag.a Christine Grüll (KirchenZeitung Diözese Linz) geleitet wurde. Aus der Einladung: „Waffenproduktion und Waffenhandel – auch in Österreich -- nehmen zu Waffen lösen keine Konflikte“. Vor rund 130 Interessierten Menschen diskutierten Dr. Thomas Roithner (Friedensforscher und Buchautor), Mag.a Lucia Hämmerle (Intern. Versöhnungsbund Österr. Zweig) und Dr. Dietmar Golth (Vereinigung Österr. UN-Soldaten).

Roithner argumentierte für militärische Abrüstung an Hand eines Vergleichs der astronomischen Ausgaben für Militär und Rüstung von USA, Russland, China, NATO, EU. Die zahlreichen bewaffneten Konflikte und Kriege und die aktuellen aggressiven Strategien der Großmächte und Militärblöcke NATO und EU können nur so verändert werden. Teil einer Außenpolitik sollten zivile Akteure sein, die vor und während einer Krise deeskalierend wirken. Ein österreichisches Bundesheer könnte verkleinert nur den Vereinten Nationen zu Verfügung stehen, für Abrüstung, Kontrolle und Entsorgung von Massenvernichtungswaffen und anderer Waffensysteme tätig sein und als Katastrophenschutztruppe, ähnlich dem deutschen Technischen Hilfswerk, dienen.

Lucia Hämmerle bezweifelte den Waffeneinsatz für nachhaltigen Frieden. Ein Umdenken in Politik und Gesellschaft zu gewaltfreien Lösungen und sozialer Verantwortung sei nötig. Mehrere Organisationen arbeiten aktuell an einem Rüstungsatlas Österreich, der die Problematik einer expandierenden und exportierenden Wehrindustrie hierzulande öffentlich machen will.

Dietmar Golth versuchte den Nachweis, dass auch bewaffnete Kräfte friedensstiftend ohne Waffengebrauch wirken können. Es braucht heute Waffen und Armeen. Letztlich entscheiden Menschen über den Waffeneinsatz, nicht die Waffe. Unser Heer sei derzeit ausrüstungsmäßig nicht mehr in der Lage die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen. Er hoffe auf eine verantwortungsvolle Politik, die hier Abhilfe schafft.

(MS)

BOTSWANA RÜSTET AUF

In Europa kaum zur Kenntnis genommen, hat die Absicht der Regierung in Gaborone, zwischen acht und zwölf schwedische Gripen-Kampfflugzeuge anzukaufen, in Botswana selbst ziemlichen Staub aufgewirbelt. In einer ausführlichen Denkschrift zum Thema „Wettrüsten in Botswana inmitten von Arbeit, Massenarbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit“ hat beispielsweise die Oppositionspartei Umbrella for Democratic Change (UDC) Schweden aufgerufen, auf den Verkauf der Jets zu verzichten.

Dem Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI zufolge sind die Kosten Botswanas für Militärausgaben in der Tat von 292 Mio. US-\$ im Jahr 1998 auf 377 Mio. 2008 und auf 436 Mio. US-\$ 2015 gestiegen (in konstanten Preisen und Wechselkursen von 2014). Botswanas derzeit gültiger Nationaler Entwicklungsplan (2017-2023) bekennt sich zur Modernisierung der Ausrüstung der Armee, inkl. von Neuanschaffungen. Laut UDC-Vorsitzendem Duma Boko sollen für das Kapitel „territoriale Integrität“ etwa 15% des Bruttoinlandseinkommens reserviert werden, wovon ca. die Hälfte auf Kauf und Unterhalt der Gripen entfallen würde.

Laut Boko habe die Aufrüstungsspirale 2008 mit dem Amtsantritt des vierten Staatspräsidenten Botswanas, Ian Khama, begonnen. Die drei früheren Präsidenten (Seretse Khama, Quett Masire und Festus Mogae) hätte sich mehr auf Konfliktlösung durch Diplomatie konzentriert, auch wenn es damals angesichts der Destabilisierungspolitik Südafrikas unter dem Apartheidregime eine tatsächliche Gefährdung der territorialen Integrität gegeben hätte.

Botswanas Sicherheitsbedürfnisse werden im Nationalen Entwicklungsplan u. a. mit dem Kampf gegen die Wilderei, die Einschränkung illegaler Migration, Beteiligung an friedenserhaltenden Missionen u. ä. umschrieben. „Kritiker bezweifeln angesichts dessen den Sinn des Ankaufs von Kampfflugzeugen“, so Boko. „Der Gripen JAS 39 ist auch nach europäischen Standards ein hochmoderner Abfangjäger, den die Streitkräfte von Botswana weder benötigen noch sich leisten können. Es ist allgemein bekannt, daß unsere Soldatinnen und Soldaten oft nicht ein-

mal hochwertige Stiefel oder Kleidung zur Verfügung haben und permanent in Zelten schlafen müssen. Das wären dringendere Bedürfnisse, die man abdecken müsste.“

Wie sich im Zug der Diskussion herausstellte, sind Präsident Khama und seine Brüder an der Firma Se-leka Springs beteiligt, die schon zu seiner Zeit als Armeekommandant den Großteil des Beschaffungswesens für die Botswana Defence Force abwickelte. Partnerfirmen waren u. a. die britische Avis Vickers (Scorpion-Panzer), Steyr-Daimler-Puch aus Österreich (Panzerjäger SK 105A1 Kürassier (20 Stück) und Bergepanzer 4KH7FA SB A1 Greif (2 Stück), Maschinengewehre MG 42) sowie die südafrikanisch-belgische Firma FN Herstal (Pistolen und Munition). Geschäftsverbindungen bestehen auch zur israelischen Rüstungsindustrie.

(MS)

ZUR RÜSTUNGSPRODUKTION

Derzeit gibt es keine systematische Erfassung der österreichischen Rüstungswirtschaft. Die Plattform „**Rüstungsatlas Österreich**“ sieht einen akuten Bedarf diese Intransparenz zu beseitigen und arbeitet an der Behebung dieses Mangels.

Nähere Informationen unter:

www.ruestungsatlas.org

BERICHTIGUNG

In der Ausgabe von betrifft frieden 3/2017 war im Zusammenhang mit dem Atomwaffenverbot von einer Konvention die Rede. Korrekt ist das Abkommen aber ein völkerrechtlicher Vertrag.
(red.)

20 Jahre Ottawa-Konvention über das Verbot von Anti-Personen-Minen

Am 3. und 4. Dezember 1997 konnte die Staatengemeinschaft die Verbotskonvention für eine der grausamsten Waffen – die Anti-Personen-Minen (APM) – unterzeichnen. Nach den Bestimmungen des Vertrages trat das Verbot dann am 1.3.1999 in Kraft. Erstmals konnte mit Hilfe zivilgesellschaftlicher Organisationen in aller Welt in einem Konferenzprozess interessierter Staaten ein Vertragstext formuliert und beschlossen werden. Damit gelang es, das Erbe zahlreicher gewaltsamer Konflikte und Kriege endlich wirksam und weitgehend zu beseitigen.

Über hundert Millionen Minen forderten auch lange nach Ende eines Krieges jedes Jahr mehrere tausend Tote und verstümmelte Opfer. Viele Anwenderstaaten zeigten wenig Interesse auf UN-Ebene an wirksamen Einschränkungen oder gar an einem Verbot. Zahlreich NGOs forderten Staatentreffen außerhalb des UN-Abrüstungs-Regimes. Auch in Österreich setzten sich dutzende Organisationen für das Verbot sowohl auf nationaler Ebene als auch international ein. Der öffentliche Druck stieg, und mit 1.1.1997 gab es ein österreichisches Verbotsgesetz als Referenz für eine weltweit geltende Konvention. In dieser Zeit entstand auch eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Diplomaten des Außenministe-

riums und den engagierten Gruppierungen, die bis heute andauert.

Ende 1997 führten die internationalen Bemühungen zum Erfolg. In der Konvention sind nicht nur APM in jeder Hinsicht verboten, sondern es müssen die vorhandenen Arsenale vernichtet, ausgelegte Minen gesucht, entschärft und entsorgt werden. Dieser jahrelange Prozess führte zu einem starken Rückgang der Minenopfer und zu vielen minenfreien Ländern. Heute sind 162 Staaten Mitglied der Konvention, nur wenige Länder verwenden weiterhin Minen.

Diese Konvention führte zu einem Umdenken von der rein militärischen Minenräumung zur humanitären Minenentschärfung mit 100 %iger Sicherheit für die Zivilbevölkerung. Dafür wurde die Ausbildung für die Räumung von Minen und Munitionsresten intensiviert, neue Geräte dafür erfunden und die Aufklärung der Bevölkerung in betroffenen Ländern verbessert. Ohne das Engagement vieler NGOs und Einzelpersonen, wofür es 1997 auch den Friedensnobelpreis gab, wäre dieser wichtige humanitäre Erfolg nicht möglich gewesen.

(MS)

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
 alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
 Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS), Thomas Roithner
 Layout: Lucia Hämmerle

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“.

Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.

Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
 ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
 IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

Homepages der Friedensbewegung

www.hiroshima.at
www.friedensbewegung.at/tf/
www.friedenschristinnen.at/tf/
www.wpc-in.org

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 4/2017 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
 Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
 Reinprechtsdorfer Str. 6/2